

Zugestellt durch Post.at

Ausgabe November 2019

DIE GRÜNEN

STATTEGG



MACHEN WIR

ZUKUNFT!

Als stark gewachsene Gemeinde haben wir in den nächsten Jahren viele Herausforderungen zu bewältigen, für die wir bereits jetzt vorausplanen müssen. Stattegg weiter denken! Das ist unser Motto.

Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sowie ein eventueller Neubau der Volksschule und des Turnsaals stehen neben vielen weiteren Aufgaben in den nächsten Jahren an. Wir wollen, dass die Gemeinde dafür möglichst wenig neue Schulden machen muss. In die Zukunft investieren und trotzdem Schulden abbauen? Das ist möglich, mit **vorausschauender, nachhaltiger Finanzplanung** und Kooperationen mit der Wirtschaft.

Die Weiterentwicklung der Gemeinde ist uns ebenfalls sehr wichtig. Hier braucht es einen Plan, um die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung, wie etwa

eine Hundewiese, einen öffentlichen Spielplatz etc. zu berücksichtigen.

Wir wollen auch weitere **ökologische Impulse** in der Gemeinde setzen. Die Idee eines **Bürger*innenkraftwerks** für erneuerbare Energie findet bereits Anklang in der Bevölkerung. In vielen anderen Gemeinden wurde so ein kommunales Energieprojekt bereits umgesetzt. Damit könnten wir in Stattegg sauberen, nachhaltigen Strom produzieren, die Gemeinde könnte Kosten einsparen und die Bevölkerung würde auch finanziell davon profitieren.

Ebenso sind uns **leistbares Wohnen für Familien** und ein **Platz zum Arbeiten** in der Gemeinde wichtig. Auch hier können wir für zukünftige Bauprojekte bereits jetzt vorausplanen. Machen wir also gemeinsam die Zukunft für Stattegg.

Transparenz ist für uns weiters ein oberstes Gebot. Unsere Gemeinde verdient eine moderne, offene und **transparente Politik**. Wir wollen daher Entscheidungsprozesse für die Bevölkerung transparenter und nachvollziehbarer machen. Vor allem ist uns wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger bei Bauprojekten der Gemeinde auch umfassend über die Kosten und die Finanzierung informiert werden.



Die Grünen in Stattegg

GR STEFAN ROTHBART

E: stefan.rothbart@gruene.at, M: 0664/53 22 404

GR HELMUTH BINDER

E: helmuth.binder@gruene.at, M: 0664/737 51 729



GR Stefan Rothbart



GR Helmuth Binder

IM NAMEN DER REPUBLIK:

GEMEINDE VON GERICHT SCHULDIG GESPROCHEN

Seit einigen Monaten läuft hinter den Kulissen eine sehr heikle Rechtsangelegenheit rund um das Rückhaltebecken (RHB) Höllbach. Aufgrund der jüngsten Entwicklung sehen wir Grüne uns veranlasst, tätig zu werden, und die Bevölkerung im Sinne der Transparenz und Offenheit über die Umstände dieses Rechtsstreites zu informieren.

Zur Vorgeschichte:

Um das RHB am Höllbach überhaupt bauen zu können, war es notwendig, dass die Gemeinde die entsprechenden Gründe zu Errichtung einer Dammkrone ankauft. Dazu gab es bereits im Vorfeld eine schriftliche Vereinbarung zwischen Gemeinde und einem Grundstückseigentümer, dass die entsprechenden Flächen nur an die Gemeinde abgetreten werden, wenn diese vertraglich zustimmt, dass die später zu errichtende Dammkrone NUR zu Wartungszwecken von Gemeindebediensteten betreten werden darf und „der Zutritt dritter Personen zu untersagen ist“. Die Gemeinde hat dieser Vereinbarung 2009 mit Unterschrift des Bürgermeisters zugestimmt. Diese Vereinbarung war die Grundlage dafür, dass die Gemeinde die benötigten Flächen ankaufen konnte.

Dazu ist festzuhalten: Die Gemeinde hat sich vertraglich verpflichtet, die Zufahrt zur Dammkrone nur für Gemeindebedienstete zu Wartungszwecken zu erlauben und den „Zutritt“ für dritte Personen zu untersagen.

Im Zuge der Fertigstellung des RHBs beschloss der Gemeinderat ab 2016 ein Naherholungsgebiet im Bereich des Rückhaltebeckens zu erstellen. 2017 wurde schließlich ein Gehweg über die Dammkrone öffentlich zugänglich gemacht, woraufhin die Gemeinde vom ursprünglichen Grundstückseigentümer aufgefordert wurde, der vertraglichen Verpflichtung nachzukommen, die Dammkrone vom Zutritt Dritter freizuhalten. Die Gemeinde stritt ab, dies vereinbart zu haben. Ein Rechtsstreit folgte.



Es kam dabei zunächst zu einem Einiungsvorschlag: Die Gemeinde müsse u.a. nur eine „Betreten verboten“ Tafel errichten, damit würde sich der Kläger zufrieden geben.

In der Gemeinderatssitzung vom 14.6.2018 wurde schließlich in einer nicht öffentlichen Sitzung darüber abgestimmt, wie die Gemeinde weiter verfahren soll. Der Vergleich kam in weiterer Folge nicht zustande und es wurde vor Gericht weiter prozessiert. Wir Grüne haben einen spekulativen **Rechtsstreit abgelehnt**, da ersichtlich war, dass die Gemeinde diesen sehr wahrscheinlich nicht gewinnen kann, da eine eindeutige vertragliche Vereinbarung vorliegt. Es bestand ferner auch keine Notwendigkeit, unbedingt einen Gehweg über die Dammkrone auf Biegen und Brechen zu erwirken.

Das Urteil:

Wie zu erwarten war, wurde die Gemeinde vom Landesgericht für Zivilrechtssachen in Graz schuldig gesprochen und der Klagepartei wurde Recht gegeben. Die Gemeinde ist schuldig, den Zutritt Dritter auf die Dammkrone ab sofort bei sonstiger Exekution zu unterlassen.

Dieses Gerichtsurteil wurde in weiterer Folge offenbar nicht effektiv umgesetzt, sodass es nun im Herbst 2019 zu einer **Beugestrafe** für die Gemeinde gekommen ist – was sehr brisant ist. Die Gemeinde ist somit in eine äußerst schwierige Rechtslage manövriert worden, die man eigentlich von Anfang an hätte vermeiden müssen.

Die schiefe Optik:

Zudem offenbart die ganze Rechtsangelegenheit eine äußerst schiefe Optik, da Rechtsvertretung und Politik nicht sauber getrennt sind. Der Bürgermeister ließ sich vor Gericht durch einen seiner eigenen Gemeinderäte juristisch vertreten. Auch wurde der Gemeinderat im Dezember 2018 in seinem Wirkungsbereich bei Rechtsangelegenheiten eingeschränkt. **Es braucht aus unserer Sicht wieder eine klare Trennung zwischen Politik und Recht, damit Objektivität und Transparenz garantiert sind.**

Die Auswirkung:

Bürgermeister und Gemeindeführung hätten wissen müssen, dass es eine aufrechte und rechtsgültige Vereinbarung gibt und die Rechtslage daher vorzeitig genau prüfen müssen. Die Klagepartei hat nun ihr vertraglich zugesichertes Recht zugesprochen bekommen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Ganz allgemein gilt, wenn die Gemeinde Verträge, die sie mit Bürgerinnen und Bürgern trifft, nicht beachtet und dagegen prozessiert, dann ist das dem Vertrauen nicht dienlich und eine große Bürde für die Entwicklung von Stattegg. Die Bürgerinnen und Bürger verdienen **Rechtssicherheit**.

Man führe sich vor Augen, dass es ursprünglich mit der bloßen Aufstellung einer günstigen Verbotstafel abgetan gewesen wäre.

Aus unserer Sicht darf sich eine Gemeinde niemals auf einen derartig spekulativen Rechtsstreit einlassen! Diesen hätte man von Anfang an vermeiden müssen. Doch leider droht die Sache zu einer **Never-Ending-Story** zu werden. Es ist wirklich schade, dass man von Seiten der Gemeindeführung hier bereit ist, so viel Energie, Zeit und Geld für diesen Rechtsstreit zu opfern. Wir können nur dafür plädieren, hier weitere unnötige Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu vermeiden.

AUS DER GEMEINDE



Auer bleibt vorerst bis Ende des Jahres

Der Vertrag mit der Bäckerei Auer wurde vorerst bis Jahresende verlängert. Das geht aus einer Anfrage im Gemeinderat hervor. Wie es jedoch langfristig weitergeht, ist noch ungewiss.

Zufahrt zum Sporthaus

Die Zufahrt direkt zum Sporthaus ist derzeit nicht sehr praktikabel gelöst und erfolgt derzeit über eine Privatstraße. Es müsste ein Weg gefunden werden, hier eine Zufahrt von einer öffentlichen

Gemeindestraße aus zu ermöglichen. Das würde eventuell auch helfen, das Sportbistro wieder zu beleben und Interessenskonflikte zu beheben.

Parkplatz Feuerwehr

Der Vertrag für den Gemeindeparkplatz bei der Feuerwehr läuft nur noch bis Jahresende. Die Gemeinde müsste hier mit dem Eigentümer einen neuen Vertrag schließen. Wir haben im Gemeinderat schon öfters darauf hingewiesen, dass man sich um eine Lösung in dieser Angelegenheit bemühen muss, denn die

Feuerwehr und auch der Mehrzwecksaal brauchen jedenfalls einen Parkplatz.

Bürger*innenfrühstück

Das Bürgermeisterfrühstück vor dem Dorffest ist bereits Tradition. Wir möchten aber eine Debatte anstoßen, es in „Bürger*innenfrühstück“ umzubenennen. Schließlich wird auch diese Veranstaltung von Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger bezahlt. Wir würden das als schönes Signal an die Bevölkerung, die ja der wahre Gönner ist, verstehen.

Tatsächliche Kosten des neuen Dorfplatzes noch nicht abzusehen

Inklusive Planungsarbeiten belaufen sich die geschätzten Kosten für die Neugestaltung des Dorfplatzes (10 Jahre nach dessen Neuerrichtung) bereits auf mehr als 1 Million Euro (wir haben berichtet). Es ist weder klar, woher das Geld dafür kommen soll, noch, warum ein neuer Dorfplatz aktuell so hohe Priorität hat, anstatt etwa in die Energieeffizienz der Gemeindegebäude zu investieren, oder für eine neue Volksschule bereits jetzt voranzuplanen. Die Entwicklung der Gemeinde dreht sich hier wohl etwas im Kreis.

SORGE VOR 5G-MOBILFUNK

Immer wieder erreichen uns Grüne besorgte Zuschriften aus der Bevölkerung bzgl. eines Ausbaus des 5G-Mobilfunkstandards und dessen gesundheitliche Auswirkungen auf Mensch und Natur.

Die Grünen in Österreich stehen neuen Technologien grundsätzlich positiv gegenüber. Die Sorgen nehmen wir aber sehr ernst. Die wissenschaftliche Bewertung potenzieller Gesundheitsrisiken lag in Österreich in Vergangenheit

in den Händen eines betreibernah agierenden Beirates, mittlerweile vom auf Bundesebene zuständigen Ministerium (BMVIT) finanzierten Beirats („Wissenschaftlicher Beirat Funk“), der wenig überraschend auch aus qualifizierten kritischen Studien weitestgehend unkritische Sammelaussagen zimmert. Dennoch kommt selbst dieses Gremium nicht umhin zu dokumentieren, dass es Hinweise auf Krebs aus seriösen Studien gibt und dass diese bisher nicht widerlegt werden konnten, das Risiko also nicht ausgeschlossen werden könne. Der Oberste Sanitätsrat der Republik Österreich als höchstes fachliches Be-

ratungsgremium zu Fragen dieser Art hält deshalb folgerichtig unverändert an seinen Empfehlungen, u.a. für die Einhaltung eines Zielwerts für die Leistungsflussdichte um den Faktor 100 unter den Norm-Vorgaben und für klare Kennzeichnung der Endgeräte hinsichtlich SAR-Wert, fest. Die Grünen fordern daher generell die Beachtung des Vorsorgeprinzips gegenüber der Bevölkerung. Um potenzielle Gesundheitsrisiken, die derzeit von einigen Stellen erhoben werden, abzuklären, braucht es ein klareres Bundesgesetz und unabhängige Bewertungsgremien.

„WIR HABEN DIE ERDE VON UNSEREN KINDERN NUR GEBORGT!“

Sandra Krautwaschl, „Machen wir Zukunft!“ lautet der Grüne Slogan für die Landtagswahl. Wie soll die Zukunft gemacht werden?

Es geht jetzt um alles – Klimakrise oder lebenswerte Zukunft lautet die Frage. Denn wir alle spüren die Klimakrise mittlerweile am eigenen Leib. Wir merken, dass etwas schief läuft in unserer Steiermark. Die Hitzetage werden immer mehr, Unwetter zerstören unsere Ernten, Murenabgänge und Überschwemmungen häufen sich. Wir Grüne wollen die Chancen nützen, die in der Klimarettung stecken: Sichere Arbeitsplätze, saubere Energie, günstige und gute Öffis, intakte Natur, gesundes Essen sowie ein friedliches und gerechtes Miteinander. Dafür setzen wir uns mit ganzer Kraft ein. Dafür zählt am 24. November jede einzelne Stimme, denn nur gemeinsam machen wir Zukunft!

Welche Maßnahmen schlagen die Grünen konkret beim Klimaschutz vor?

Wir haben 41 konkrete Maßnahmen vorgelegt: Ein Schwerpunkt liegt dabei im öffentlichen Verkehr: Wir wollen (nach Wiener und Vorarlberger Vorbild) ein 365-Euro-Jahresticket, mit dem man im ganzen Bundesland um nur einen Euro pro Tag öffentlich unterwegs sein kann, einführen – zur Zeit gehören die Preise für steirische Jahrestickets zu den teuersten Österreichs!

Außerdem fordern wir eine Ausbau-Offensive beim öffentlichen Verkehr und eine Mobilitäts-Garantie: In Gemeinden ab 250 Einwohner*innen soll es garantierte Anbindungen an den öffentlichen Verkehr geben, die natürlich aufeinander abgestimmt sein müssen.

An welchen Hebeln muss noch gedreht werden?

Zum Beispiel in der Raumordnung und beim Baugesetz: Es muss Schluss mit dem Flächenfraß sein, es muss Schluss mit den Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ sein. Oder im Wohnbaubereich: Wir wollen die Förderungen für Gebäudesanierungen ordentlich erhöhen, die Umstellungen von Heizungssystemen auf erneuerbare Energie forcieren und die Wohnbauförderung verstärkt auf Klimaschutz, Energieeffizienz und Energieberatung ausrichten.



Der Grüne Schlussappell?

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Das wissen die vielen jungen Menschen, die mahnend auf die Straße gehen. Sie fordern ihr Recht auf einen gesunden Planeten und auf eine lebenswerte Zukunft ein. Sie wissen: Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommt – und wir sind die letzte, die noch etwas dagegen tun kann. Wir Grüne haben bei der letzten Wahl den klaren Auftrag bekommen, Österreich zum Klimaschutzland zu machen und uns für eine bessere Zukunft einzusetzen. Genau das wollen wir auch für die Steiermark. Mutige und zuversichtliche Umwelt- und Klimapolitik!